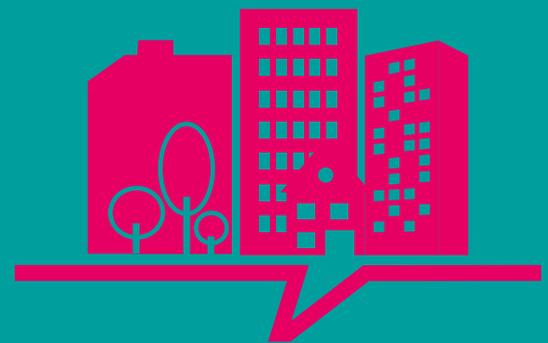


Urbane Sicherheit – kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitäts- prävention

Konzepte – Befunde – Handlungsansätze

Abschlussbericht
der Arbeitsstelle
Jugendgewaltprävention



Heft 1

Impressum

Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)

Das BFG erscheint unregelmäßig.

Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Der Abschlussbericht der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention in Form des vorliegenden BFG 64 erscheint in Form einer Broschürenreihe mit fünf Heften:

Heft 1: Urbane Sicherheit – kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitätsprävention

Heft 2: Gewaltprävention an Schulen

Heft 3: Präventionsarbeit mit Jugendlichen und Familien

Heft 4: Sport und Gewaltprävention

Heft 5: Polizeiliche Prävention von Jugendgewalt

Herausgeberin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Vorsitzender: Aleksander Dzembritzki

Staatssekretär für Sport

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Klosterstr. 47, 10179 Berlin-Mitte

Telefon: (030) 90223 – 2913

Fax: (030) 90223 - 2921

berlin-gegen-gewalt@seninnds.berlin.de

www.berlin.de/gegen-gewalt

Redaktion: Ingo Siebert, Nadja Müntsch

Autorin: Dr. Birgit Glock

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P. Ute VIALET, Leiterin Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Nr. 64, Heft 1 Berlin 2018, 19. Jahrgang

Druckauflage: 2.000 Exemplare

Satz: Gudrun Hommers

Druck: Druckhaus Berlin Mitte



Urbane Sicherheit – kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitäts- prävention

Konzepte – Befunde – Handlungsansätze

Abschlussbericht
der Arbeitsstelle
Jugendgewaltprävention
(2013–2018)

Birgit Glock



Heft 1

Berliner Forum Gewaltprävention

Berlin 2018

Nr. 64

Gefördert von der
Landeskommission Berlin gegen Gewalt



Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention in Trägerschaft von Camino – Werkstatt
für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	004
1 EINFÜHRUNG	007
1.1 Sozialräumlich ungleiche Verteilung von Jugendgewalt als Herausforderung	007
1.2 Zum Forschungsstand	008
1.3 Wohnumfeld und quartiersbezogene Prävention	009
1.4 Öffentlicher Raum und situative Prävention	011
2 EMPIRISCHE BEFUNDE	013
2.1 Räumliche Verdichtung von Jugendgewalt	013
2.2 Typen gewaltbelasteter Räume	015
3 SOZIALRAUMORIENTIERTE PRÄVENTION UND EVALUATION	021
3.1 Kiezbezogene Prävention im Land Berlin	021
3.2 Verhaltensorientierte, individuelle Maßnahmen mit Quartiersbezug	021
3.3 Verhältnisorientierte, strukturbezogene Maßnahmen im öffentlichen Raum	026
4 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN	031
5 LITERATURVERZEICHNIS	037

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Thema dieses Hefts „Gewaltprävention in den Berliner Kiezen“ ist ein Schwerpunkt der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Mit dem Programm zur kiezbezogenen Gewalt- und Kriminalitätsprävention unterstützen wir bereits im zweiten Jahr Präventionsräte und Arbeitsgremien in allen Berliner Bezirken. Diese entwickeln Konzepte zur Umsetzung sozialräumlicher Gewalt- und Kriminalitätsprävention und setzen Maßnahmen, beispielsweise der Mobilien Straßensozialarbeit, Elternarbeit und Konfliktmediation, um. Einige dieser Maßnahmen werden hier vorgestellt und diskutiert.

Für Kinder und Jugendliche ist der Kiez neben Schule und Familie ein wichtiger Lebens- und Sozialisationsort. Der öffentliche Raum im Kiez spielt beim Weg zur Schule und bei der Freizeitgestaltung eine wesentliche Rolle und ist damit auch ein Ansatzpunkt für präventive Maßnahmen. Im Ergebnis unseres „Monitoring Jugendgewaltdelinquenz“, das in diesem Heft ausgewertet wird, zeigt sich, dass Jugendgewalt sozialräumlich ungleich in der Stadt verteilt ist. Zwei Entwicklungen stehen deshalb in dieser Broschüre im Mittelpunkt: Sozial benachteiligte Quartiere und innerstädtische Ausgehviertel.

In unserer wachsenden Stadt sind sozial benachteiligte Quartiere stärker von sozialen Spannungen und situativen Gelegenheiten für Gewalt und Kriminalität betroffen. Durch das Monitoring Jugendgewaltdelinquenz der Arbeitsstelle wissen wir auch, dass es einen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage in den Kiezen und ihrer Belastung mit Jugendgewalt gibt. Zusätzlich zu sozialen Benachteiligungen unterliegen armutsbetroffene Kinder und Jugendliche damit auch einem erhöhten Risiko, Gewalt und Kriminalität ausgesetzt zu sein.

Die ungebrochene Attraktivität unserer Stadt für Touristinnen und Touristen macht die innerstädtischen Ausgehviertel und -orte, wie Warschauer Brücke, Alexanderplatz oder Kurfürstendamm, durch ihre ausgeprägten Tatgelegenheitsstrukturen zu einem wichtigen Thema der Prävention von Jugendgewaltdelinquenz.

Viele Maßnahmen aus den unterschiedlichen Kiezen, über die wir in dieser Broschüre berichten, zeigen, wie Prävention für Kinder und Familien in öffentlichen Räumen und der Nachbarschaft gelingen kann. Wichtig ist die vertrauensvolle Abstimmung zwischen Akteuren aus Sozialarbeit, Jugendgerichtshilfe und Polizei, um gemeinsame Strategien zu finden. Dabei hat sich gerade in der Jugendhilfe, der Schule, im Quartiersmanagement und Polizei hervorragendes Erfahrungswissen akkumuliert, das zur Urbanen Sicherheit in Berlin beiträgt.

Mit unserem Heft „Urbane Sicherheit - Kiezbezogene Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ startet die Landeskommission Berlin gegen Gewalt eine Reihe von fünf Broschüren mit Konzepten, Befunden und gelingenden Handlungsansätzen der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention der letzten fünf Jahre. Ein breites Fachpublikum kann auf diese Weise an der Expertise der Arbeitsstelle partizipieren. Es folgen insgesamt vier weitere Hefen mit verdichteten und komprimierten Ergebnissen von Recherchen und Evaluationen zu den Themen: Schule und Gewaltprävention (2), Präventionsarbeit mit Jugendlichen und Familien (3), Prävention im und durch Sport (4) sowie Polizeiliche Präventionsarbeit (5). Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft fundiertes und praxisnahes Wissen geben zu können und so einen leserfreundlichen Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen in die Praxis zu gewährleisten.

Aleksander Dzembitzki

Staatssekretär für Sport

Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

1 Einführung

1.1 Sozialräumlich ungleiche Verteilung von Jugendgewalt als Herausforderung

Das Quartier, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, ist für sie ein wichtiger Sozialisations- und Handlungsraum. Deshalb ist das Quartier auch ein wichtiger Ansatzpunkt für die Prävention von Jugendgewalt.

Berlins Bezirke und Bezirksregionen unterscheiden sich deutlich und anhaltend hinsichtlich ihrer Gewaltbelastung. Dieser Befund gehört zu den stabilsten des Berliner Monitorings Jugendgewaltdelinquenz. Ob ein Bezirk eher dem oberen, dem mittleren oder dem unteren Drittel zuzuordnen ist, bleibt im Zeitverlauf der letzten Jahre – trotz gewisser Schwankungen – relativ stabil (Lüter et al. 2017, 25).

Berlins Bezirke und Bezirksregionen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Gewaltbelastung.

Auch auf der (kleinräumigeren) Ebene der Bezirksregionen lassen sich hoch und niedrig belastete Sozialräume deutlich unterscheiden, wobei in idealtypischer Zuspitzung zwei verschiedene Raumtypen mit erhöhter Gewaltbelastung differenziert werden können:

- Wohngebiete,
- Ausgehviertel.

Dabei zeigt sich bei einer Betrachtung der Wohngebiete wiederum, dass sich Bezirksregionen mit erhöhter Gewaltbelastung sowohl in innerstädtischen Altbaugebieten (z. B. Brunnenstraße Nord, Bezirk Mitte oder auch Moabit Ost, Bezirk Mitte) als auch in peripheren Großwohnsiedlungen (z. B. Marzahn Nord oder auch im Märkischen Viertel, Bezirk Reinickendorf) im Osten und Westen der Stadt finden lassen (Lüter et al. 2017, 29ff.).

Dass Wohnviertel, in denen höhere Anteile von armen Bewohner/innen leben, in aller Regel höhere Kriminalitätsraten aufweisen als sozial besser gestellte Quartiere, wurde in verschiedenen nationalen und internationalen Studien nachgewiesen (Oberwittler 2013, 47; Sampson et al. 1997, 918; Eisner et al. 2003, 20). Die Delinquenz von Kindern und Jugendlichen ist zwar in erster Linie von individuellen und familiären Faktoren abhängig (Rabold/Baier 2013, 187), aber auch das Quartier, in dem sie aufwachsen, übt Einfluss auf ihr Verhalten aus. Ähnliches gilt für den öffentlichen Raum. Neben individuellen Faktoren spielen insbesondere die kontextuell-situativen Merkmale des Umfelds eine wichtige Rolle bei der Prävalenz von Gewalt (Schweizer Bundesrat 2009, 52).

Das Quartier kann die Entstehung und Verfestigung delinquenten Verhaltens bei Jugendlichen beeinflussen.

In einzelnen Quartieren bzw. dem öffentlichen Raum liegen wichtige Faktoren für die Entstehung von Gewaltproblemen, aber auch gleichzeitig wirkungsvolle Ansatzpunkte für eine soziale Prävention. Das verweist auf die herausragende Bedeutung einer sozialraumorientierten Prävention.

Bedeutung von sozialraumorientierter Prävention.

Die kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention stellt seit 2017 wieder ein zentrales Handlungsfeld der Landeskommision Berlin gegen Gewalt dar. Sie zielt auf die Umsetzung integrierter Präventionsstrategien sowie die Stärkung sozialraum- bzw. gemeinwesenorientierter Ansätze in den Berliner Bezirken (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 4).

Förderung einer kiezorientierten Prävention durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

1.2 ZUM FORSCHUNGSSTAND

Dass sich Jugendgewalt in einer Stadt räumlich ungleich verteilt, ist weder eine Besonderheit Berlins noch eine aktuelle Entwicklung des neuen Jahrtausends. Bereits die Soziologen der „Chicago School of Sociology“ beschäftigten sich in den 1920er Jahren mit der Frage, weshalb Jugendliche in bestimmten Quartieren eher zu abweichendem Verhalten neigten als in anderen. Vermutet wurde, dass die Wohnumgebung einen eigenständigen Einfluss auf die Prävalenz jugendlicher Delinquenz hatte (Häußermann et al. 2010, 19). Inzwischen ist zwar bekannt, dass die von der Chicago School of Sociology angewendete Methode – nämlich aus Aggregatdaten (wie z. B. aus der sozialen Struktur eines Quartiers) auf individuelles Verhalten zu schließen – einen Fehlschluss darstellt, allerdings ist die von den US-amerikanischen Soziologen aufgeworfene Frage nach den Kontexteffekten von Quartieren nach wie vor aktuell (Häußermann et al. 2010, 19).

Die grundlegende Befürchtung von Kontexteffekten liegt darin, dass die räumliche Konzentration von sozial, ökonomisch und kulturell marginalisierten Gruppen zusätzliche, sich selbst verstärkende überindividuelle negative Effekte generieren kann, die über die individuelle Benachteiligung durch ihre soziale Lage hinausgehen (Friedrichs 2013, 36; Häußermann/Kronauer 2009, 158ff). Kinder und Jugendliche werden zwar nicht delinquent, weil sie in einer bestimmten Nachbarschaft leben, aber das Wohnumfeld kann das Risiko für die Entwicklung abweichenden Verhaltens erhöhen (Schubert/Veil 2011, 87).

Methodischer Nachweis von Kontexteffekten: Der Nachweis von Kontexteffekten ist methodisch anspruchsvoll, weil gezeigt werden muss, dass sich ein bestimmtes Verhalten – wie z. B. die jugendliche Delinquenz – nicht durch individuelle Faktoren alleine erklären lässt (Häußermann et al. 2010, 18). Hierfür nutzt die Forschung das statistische Verfahren einer Mehrebenenanalyse, mit dessen Hilfe die Effekte eines Kontextes bei gleichzeitiger Beachtung individueller Einflüsse geschätzt werden können (Oberwittler 2013, 73).

1.3 WOHNUMFELD UND QUARTIERSBEZOGENE PRÄVENTION

Der Sozialraum konstituiert einen Lern- und Handlungsraum, der die Einstellungen und das Verhalten von Kindern und Jugendlichen beeinflusst (Häußermann/Siebel 2004, 166). Im Hinblick auf die Entstehung und Verfestigung von abweichendem Verhalten scheinen es insbesondere zwei Mechanismen zu sein, über die die Effekte des Quartiers vermittelt werden: zum einen über die Rollenvorbilder, die den Jugendlichen in einem Quartier durch die Erwachsenen vorgelebt werden, zum anderen über die Gleichaltrigen, mit denen Jugendliche aufwachsen und an denen sie sich orientieren (Häußermann/Kronauer 2009, 164ff.; Friedrichs et al. 2010, 802).

Das Quartier kann einen Einfluss auf die Entwicklung und Entstehung von gewalttätigem Verhalten haben.

In der empirischen Forschung deutet sich inzwischen an, „dass nicht alle Jugendlichen, die in einem entsprechenden Wohnquartier leben, in gleicher Weise auf ungünstige sozialräumliche Einflüsse reagieren“ (Oberwittler 2013, 59). Ob und inwieweit das der Fall ist, hängt von den individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen ab, aber auch davon, wie sehr die Kinder und Jugendlichen dem Kontext überhaupt ausgesetzt sind, also von ihren Aktionsradien (Oberwittler 2013, 60ff.). Während gerade für Kinder und jüngere Jugendliche die Familie und die Schule entscheidende Sozialisationsinstanzen sind, treten mit zunehmendem Alter insbesondere die Nachbarschaft und der öffentliche Raum in den Vordergrund (Schweizer Bundesrat 2009, 51.). Die verschiedenen Studien zeigen, dass das elterliche Erziehungsverhalten und Familienklima ungünstige sozialräumliche Kontexteinflüsse verstärken können. Daneben gibt es einen starken Zusammenhang zwischen selbst ausgeübter Gewalt und einer Freundesgruppe, in der Mitglieder bereits strafrechtlich relevante Delikte begangen haben. Jugendliche, die im Quartier eine solche Freundesgruppe haben, begehen signifikant häufiger Gewaltdelikte (Averdijk et al. 2014; Bergert et al. 2015a; Oberwittler 2013). Ob und – wenn ja – inwieweit delinquente Gleichaltrige, die Peers, einen negativen Einfluss auf andere Jugendliche und Heranwachsende im Quartier haben, hängt auch mit der Effektivität informeller sozialer Kontrolle durch die Quartiergemeinschaft zusammen (Eisner 1997, 35).

Das Quartier wirkt nicht auf alle Kinder und Jugendlichen gleich.

Das Quartier wirkt insbesondere durch die Orientierung an Gleichaltrigen.

Aufgrund von wohlfahrtsstaatlichen Interventionen sind die europäischen bzw. deutschen Städte im Vergleich zu ihren US-amerikanischen Gegenstücken deutlich weniger stark sozialräumlich segregiert. Dementsprechend fallen auch die Effekte des Kontextes auf der Ebene der Quartiere insgesamt geringer aus: Hier ist es vielmehr das sich in einem benachteiligten Sozialraum abbildende Schulsystem, das zu einer weiteren Quelle der Benachteiligung werden kann (Kronauer/Siebel 2013, 16).

Kollektive
Wirksamkeit als
Schutzfaktor.

In Nachbarschaften gibt es unterschiedliche Potenziale und Risikofaktoren, die die negativen Effekte des Kontextes und individueller Risiken abmildern oder verstärken können. Zentraler Faktor, durch den delinquentes Verhalten von Jugendlichen entweder befördert oder behindert wird, ist die soziale Organisation des Quartiers, d.h. die Fähigkeit, effektive soziale Kontrolle über die Nachbarschaft auszuüben, was wiederum mit gegenseitigem Vertrauen und gemeinsam geteilten Erwartungen der Bewohnerschaft in Zusammenhang steht (Sampson 2012, 2014; Sampson et al. 1997). Zudem ist die Dichte ehrenamtlicher Assoziationen sowie die starke Präsenz von Nachbarschaftsorganisationen ein wichtiger Faktor, der die kollektive Wirksamkeit von urbanen Quartieren erhöht (Sampson 2014, 131). Nachbarschaften, in denen die kollektive Wirksamkeit stark ausgeprägt ist, haben geringere Kriminalitätsraten. Das gilt gerade bei der Kontrolle sozialstruktureller Faktoren.

Gegenseitiges
Vertrauen und
geteilte Erwartungen
sind wichtig.

Für die sozialraumorientierte Prävention heißt das, dass solche Maßnahmen ziel führend sein dürften, welche – neben einer individuellen Entwicklungsförderung von Kindern, Jugendlichen und Eltern – die kollektive Wirksamkeit einer Nachbarschaft fördern. Hierunter fallen Angebote, die sich z. B. auf die Förderung nachbarschaftlicher Kohäsion und ehrenamtlichen Engagements stützen (Eisner et al. 2008, 83; Wurtzbacher 2018, 17).

1.4 ÖFFENTLICHER RAUM UND SITUATIVE PRÄVENTION

Soziale Kontrolle stellt ebenfalls einen zentralen Bezugspunkt situativer Ansätze zur Erklärung von Jugendgewalt im urbanen Kontext dar (siehe Überblick in Eisner 1997, 39ff.). Die Forschung hat überzeugend gezeigt, dass neben individuell-situativen Faktoren, wie z. B. leichter Erregbarkeit, hervorgerufen durch Drogen- oder Alkoholeinfluss, insbesondere auch die kontextuell-situativen Merkmale des Umfelds eine wichtige Rolle beim Aufkommen von Gewalt spielen (Schweizer Bundesrat 2009, 52ff.). Vertreter/innen des Ansatzes nehmen an, dass die baulich-räumliche Gestaltung von Gebäuden, Plätzen oder Straßen die Wahrscheinlichkeit von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum erhöht (Eisner 1997, 43). Sie hat einen Einfluss, indem sie situative Kontexte und damit auch das individuelle Kosten- und Nutzenkalkül verändert. So können z. B. unübersichtliche Bereiche im öffentlichen Raum zu einer Reduzierung des Entdeckungsrisikos führen, was die Begehung von Straftaten begünstigen kann.

Baulich-räumliche Gestaltung beeinflusst informelle soziale Kontrolle.

Darüber hinaus können gebaute Strukturen einen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit von Gewalt im öffentlichen Raum haben, indem sie informelle soziale Kontrolle durch die Bewohner/innen erschweren bzw. verhindern (Wurtzbacher 2008, 44, 2018, 14ff.). Denn die Abwesenheit von Gewalt und Delinquenz im öffentlichen Raum wird nicht nur durch staatliche Instanzen, sondern in hohem Maße durch freiwillige soziale Kontrolle und Vertrauen im öffentlichen Raum eines Quartiers gewährleistet (Wurtzbacher 2008, 44, 2018, 14). Zwingend hierfür ist eine gewisse Dichte von Bewohner/innen, die den öffentlichen Raum zu verschiedenen Zeiten benutzen sowie bestimmte stadtplanerische Gegebenheiten, wie z. B. Bürgersteige, die flüchtige und alltägliche Interaktionen erlauben (Wurtzbacher 2008, 44).

Umgekehrt können Tendenzen und Anzeichen der Verwahrlosung, wie z. B. zugemüllte Plätze und Straßen, aber auch offensichtliches Problemverhalten von Jugendlichen dazu führen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl von Bewohner/innen und Nutzer/innen sinkt und die öffentlichen Räume des Quartiers gemieden werden (Wurtzbacher 2013, 175ff.). Insofern können verschiedene Verbesserungsmaßnahmen im Wohnumfeld einen Beitrag zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit leisten (Lukas 2010, 251).

Informelle soziale Kontrolle in öffentlichen Räumen von „Partymeilen“ oder Ausgehvierteln durch Bewohner/innen zu schaffen, ist – aufgrund der häufig monofunktionalen Struktur der Gebiete – wenig aussichtsreich. Hier überwiegen mit der Arbeit der Polizei formelle Kontrollstrukturen, wobei ebenfalls verschiedene (Kooperations-)Modelle zwischen verschiedenen Akteuren (Partyveranstalter, Gewerbetreibende etc.) zum Tragen kommen.

Als gewaltpräventiver Faktor hat sich in erster Linie die Reduzierung von raum- und situationsgebundenen Gelegenheiten erwiesen. Gebäude, Straßen und Plätze so zu gestalten, dass Nutzer/innen sich subjektiv sicher fühlen und dass auch objektive Tatgelegenheitsstrukturen möglichst gering gehalten werden, ist Aufgabe der Städtebaulichen Kriminalprävention. Zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens gehört hier auch eine Beratung durch die Berliner Polizei, wie Ordnungsstörungen reduziert und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum vermieden werden können (Hermannsdörfer 2015, 4f.). Das verdeutlicht, dass nicht nur baulich-räumliche Aspekte als präventionsrelevant aufgefasst werden sollten, sondern ebenso die (soziale) Arbeit mit gewaltauffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden im öffentlichen Raum.

2. Empirische Befunde

2.1 RÄUMLICHE VERDICHTUNG VON JUGENDGEWALT

Jugendgewalt ist in Berlin sozialräumlich ungleich verteilt. Das ist ein zentraler Befund des Monitorings Jugendgewaltdelinquenz.

Wie wird die Gewaltbelastung der Berliner Regionen berechnet?

Die Belastung der Berliner Regionen wird anhand des Fallaufkommens, d. h. der Fälle mit Tatverdächtigen im Alter von acht bis unter 21 Jahren, hochgerechnet auf die Zahl der Einwohner/innen, berechnet (Häufigkeitszahl bzw. HZ). Grundlage für die regionalen Angaben sind dabei ausschließlich verlaufsstatistische Daten der Berliner Polizei, die zwar regional feingliedrig zur Verfügung stehen, aber etwas weniger endgültig sind als die bereits bereinigten Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Es handelt sich also, bedingt durch die von der Berliner Polizei bereitgestellten Daten, um eine Tatort-, nicht um eine Wohnortstatistik (mehr Informationen zum methodischen Vorgehen Lüter et al. 2017, 25).

Zu den Berliner Bezirken mit einer hohen Jugendgewaltbelastung zählen Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und Spandau. Im Mittelfeld liegen Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg. In Charlottenburg-Wilmersdorf, Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf und Pankow ist die Belastung hingegen geringer als in Berlin insgesamt (Lüter et al. 2017, 25ff.). Ob ein Bezirk eine hohe, mittlere oder niedrige Gewaltbelastung aufweist, ist im Zeitverlauf relativ stabil.

Die aktuelle Entwicklung zeigt in vielen Bezirken kurzfristige Zunahmen der Rohheitsdelikte mit jungen Tatverdächtigen (HZ). Erhöhungen sind insbesondere in Bezirken mit einer eher bereits hohen Gewaltbelastung zu verzeichnen, und zwar in Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Reinickendorf (Lüter et al. 2017, 26).

Zuwächse in Bezirken, die eine hohe Gewaltbelastung aufweisen.

Allerdings sind Zuwächse auch in solchen Bezirken zu ermitteln, die eher unterdurchschnittlich bzw. gering belastet sind (Lichtenberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow). Rückgänge sind hingegen in Friedrichshain-Kreuzberg und – mit einer Ausnahme in 2015 – auch in Mitte zu verzeichnen. Annähernd gleich blieb die Gewaltbelastung in Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick. In Steglitz-Zehlendorf nahm sie auf niedrigem Niveau leicht zu.

Auch auf der (kleinräumigeren) Ebene der Bezirksregionen lassen sich hoch und niedrig belastete Sozialräume deutlich unterscheiden. Die Regionen in Berlin, die eine sehr hohe Belastung aufweisen, sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet:

Tabelle 1: Regionen mit sehr hoher Gewaltbelastung im Jahr 2016

Bezirksregion	Bezirk	Häufigkeitszahl der Rohheitsdelikte mit 8- bis unter 21-jährigen TV		
		2014	2015	2016
Hellersdorf Nord	Marzahn-Hellersdorf	445	555	622
Regierungsviertel	Mitte	484	689	604
West 5 – Tegel/ Tegeler Forst	Reinickendorf	367	371	594
Tiergarten Süd	Mitte	531	388	525
Kurfürstendamm	Charlottenburg-Wilmersdorf	877	614	523
Marzahn Nord	Marzahn-Hellersdorf	572	482	511
Hellersdorf Ost	Marzahn-Hellersdorf	352	429	508
Charlottenburg Nord	Charlottenburg-Wilmersdorf	315	387	467
Alexanderplatz	Mitte	402	489	452

Datenquellen: Polizeiliche Daten (Der Polizeipräsident in Berlin 2017), Daten des Amtes für Statistik (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2017), eigene Berechnungen. Eine hohe Belastung entspricht Häufigkeitszahlen im obersten Quartil der Verteilung.

Zunahme in vielen Wohnvierteln mit hoher Belastung, leichte Rückgänge in Ausgehvierteln.

So weist der Bezirk Mitte eine hohe Belastung in Regionen mit hohem Publikumsverkehr auf (Daten siehe Lüter et. al 2017, 30). Dies sind Regierungsviertel, Tiergarten Süd und Alexanderplatz. Eine hohe Gewaltbelastung ist in den Regionen Brunnenstraße Nord, Osloer Straße, Moabit Ost sowie dem Parkviertel zu verzeichnen, in der Brunnenstraße Nord mit zunehmender Tendenz. Auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf nahm die Gewaltbelastung in vier Regionen auf hohem Niveau zu, und zwar in Hellersdorf Nord, Marzahn Nord, Hellersdorf Ost und Marzahn Mitte. In Reinickendorf fällt die durch Wohngebiete und markante Verkehrsknotenpunkte geprägte Region West 5 – Tegel/Tegeler Forst mit einer hohen Gewaltbelastung auf. Eine hohe, aber rückläufige Gewaltbelastung ist im Märkischen Viertel 1 zu beobachten. Auch die Regionen Nord 2, Märkisches Viertel 2, West 4 und West 1 weisen eine starke Gewaltbelastung auf.

In Charlottenburg-Wilmersdorf sind zwei Regionen hoch belastet: Kurfürstendamm und Charlottenburg Nord. Der Mierendorffplatz in Charlottenburg zählt erstmals zu den Regionen mit einer hohen Gewaltbelastung. In Neukölln weisen einige Regionen eine hohe Gewaltbelastung auf, dabei nahm diese in der Köllnischen Heide und Britz zu, in der Gropiusstadt ab. In Spandau ist die Belastung nach deutlichen Zunahmen in Spandau Mitte, Wilhelmsstadt, Heerstraße Nord und Haselhorst hoch. Zwei Lichtenberger Regionen verzeichnen eine hohe Belastung, diese nahm in Neu-Hohenschönhausen Süd ab und in Alt-Lichtenberg zu. In Treptow-Köpenick nahm die Gewaltbelastung in der Köllnischen Vorstadt/Spindlersfeld in den Jahren 2015 und 2016 zu.

Die Identifizierung besonders belasteter Regionen ermöglicht nicht nur die Gewinnung eines Lagebildes, sie hat auch Implikationen für das präventive Handeln.

2.2 TYPEN GEWALTBELASTETER RÄUME

Festhalten lässt sich also, dass es – unabhängig von der aktuellen Entwicklung – seit vielen Jahren zwei Typen gewaltbelasteter Räume in Berlin gibt: Ausgeh- und Wohnviertel. Die verschiedenen Typen gewaltbelasteter Räume werden im Folgenden ausführlicher illustriert, insbesondere um die unterschiedlichen Präventionsbedarfe zu verdeutlichen.

Ausgeviertel

In Berlin Mitte weisen die Regionen Regierungsviertel, Tiergarten Süd, Alexanderplatz erkennbar erhöhte Werte bei der Belastung mit Jugendgewalt im Berliner Vergleich auf. Daneben ist es die Region Spandau Mitte, die deutlich erhöhte Werte bei der Jugendgewalt zu verzeichnen hat.

Kennzeichnend für die Bezirke Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Spandau, in denen diese Regionen liegen, ist, dass Jugendgewalt hier stärker als in allen anderen Bezirken durch heranwachsende Tatverdächtige geprägt ist (Lüter et al. 2016, 41). Während z.B. im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg an knapp 58% der Fälle heranwachsende Tatverdächtige beteiligt sind, sind das in Berlin gesamt lediglich etwas über 41% (Lüter et al. 2017, 86). Gleichzeitig liegt die schulische Gewalt in diesen Regionen meist unter dem Berliner Durchschnitt. So hat Charlottenburg-Wilmersdorf gerade im Schulbereich eine stark unterdurchschnittliche Gewaltbelastung (Rang 9 der Berliner Bezirke) (Lüter et al. 2017, 109).

Jugendgewalt spielt sich hier häufig außerhalb von Institutionen wie Schulen und Jugendeinrichtungen ab, beispielsweise im Kontext von beliebten Ausgerouten. Hinzu kommen möglicherweise Großveranstaltungen, Demonstrationen sowie Gewaltvorfälle vor dem Hintergrund politischer Auseinandersetzungen. Diese Befunde wurden schon einmal ausführlich diskutiert (Bergert et al. 2015b).

Foto: Sergio Monti Photography / Shutterstock.com



Abbildung 1: Alexanderplatz im Bezirk Mitte

Für die Prävention von Jugendgewalt ergibt sich aus dem spezifischen Setting dieser Viertel die Herausforderung, dass Jugendgewalt häufig in einem Umfeld stattfindet, das durch weitere Formen der (altersunspezifischen) Delinquenz erschwert wird, wie z.B. Drogenhandel, Prostitution oder Diebstahl. Orte wie der Alexanderplatz oder der Kurfürstendamm sind durch eine doppelte Funktion als öffentlicher Treffpunkt, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende, aber auch durch privat-gewerbliche Zwecke des Einzelhandels geprägt, woraus sich spezifische Spannungsfelder der Prävention ergeben, z.B. die Nutzung von (halb-)öffentlichen Räumen in Shopping-Malls (Bergert et al. 2015b). Zumeist handelt es sich dabei um Gebiete, die vergleichsweise monofunktional strukturiert sind, d.h. in denen der Anteil ständiger Bewohner/innen auch aufgrund sehr hoher Mietpreise klein ist, sodass eine informelle soziale Kontrolle durch Anwohner/innen wenig vorhanden ist und diese eher durch Passant/innen und Gewerbetreibende ausgeübt wird. Zu beachten ist weiterhin, dass sich viele Nutzer/innen lediglich zu bestimmten Tages- und Wochenzeiten temporär an diesen Orten aufhalten.

Wohnviertel

Neben den „urbanen hot spots“ sind es insbesondere spezifische Wohnviertel, in denen sich Jugendgewalt konzentriert. Dabei zeigt sich bei einer detaillierten Betrachtung, dass sich Bezirksregionen mit erhöhter Gewaltbelastung sowohl in innerstädtischen Altbaugebieten (z.B. Brunnenstraße Nord, Bezirk Mitte oder auch Moabit Ost, Bezirk Mitte) als auch in peripheren Großwohnsiedlungen (z.B. Marzahn Nord, Bezirk Marzahn oder auch im Märkischen Viertel, Bezirk Reinickendorf) im Osten und Westen der Stadt finden lassen.

Bei allen Unterschieden hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte, stadträumlichen Lage, baulichen Struktur sowie ihrer Bewohnerschaft weisen diese Gebiete eine Gemeinsamkeit auf: Sie alle sind sozial benachteiligte Quartiere, in denen z.B. der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die von Transferleistungen leben, deutlich über dem Berliner Durchschnitt liegt.

Innenstadt

Die innerstädtischen Altbaugebiete, die eine hohe Belastung mit Jugendgewalt erfahren, zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch vergleichsweise schwierige sozialstrukturelle Rahmenbedingungen geprägt sind. Gerade die Risikofaktoren im Bereich Familie und Schule sind häufig besonders deutlich ausgeprägt, was sich unter anderem in den hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen widerspiegelt, die von Transferbezügen leben.



rvdw images / Shutterstock.com

Abbildung 2: Kottbusser Damm im Bezirk Neukölln

Die Bezirksregion **Köllnische Heide** liegt im Bezirk Neukölln, und zwar im südlichen Teil des gleichnamigen Ortsteils. Sie kann exemplarisch für den Raumtyp der innerstädtischen Quartiere angesehen werden. Das Gebiet grenzt im Osten und Süden an den Nachbarbezirk Treptow und im Westen an die Trasse der Ringbahn und die Neuköllner Altstadt. Unter den 138 Berliner Bezirksregionen ist die Region nach den Analysen des Monitorings Soziale Stadtentwicklung mit den schwierigsten sozialen Rahmenbedingungen in ganz Berlin konfrontiert. Der Anteil der Personen, die arbeitslos sind oder Transfereinkommen beziehen, erreicht hier den Berliner Spitzenwert. Auch der Anteil der unter 15-Jährigen, die Transferbezüge erhalten, wird in keiner anderen Berliner Region übertroffen. Die Daten der polizeilichen Statistik zeigen, dass die Belastung der Region mit Kriminalität allgemein und mit Jugendgewalt im Besonderen deutlich erhöht ist. Insbesondere im Vergleich zu anderen Bezirksregionen Neuköllns erweist sich die Köllnische Heide als einer der Schwerpunkte von jugendlicher Gewalt. Die im Berliner Rahmen stark ausgeprägte soziale Benachteiligung korrespondiert mit einem sehr hohen Aufkommen von Fällen häuslicher Gewalt und einem ebenfalls sehr ausgeprägten Aufkommen an Jugendgewalt mit dem Tatort Schule. In unserer qualitativen Befragung berichten Akteure über eine weite Verbreitung gewalthaltiger Erziehungsstile bei deren gleichzeitiger Tabuisierung. Schwach ausgebildete Erziehungskompetenzen sind teilweise auf komplizierte Flucht- und Migrationsbiographien zurückzuführen. Das sozialpädagogische Fachpersonal ist mit der Herausforderung konfrontiert, dass sich Jugendliche über soziale Medien in gewalt-affinen Gruppen- und Cliquenstrukturen organisieren. Zudem sind sie insbesondere mit einer niedrigschwelligen, eher alltäglichen Rohheit konfrontiert. Diese Jugendlichen haben häufig eine gering ausgeprägte Fähigkeit zur Impulskontrolle, die mit Frustrationserfahrungen und eingeschränkten Lebenschancen korrespondiert. Die Bedarfe an präventiven Maßnahmen liegen dementsprechend in der Bildungs- und Berufsförderung, in geschlechtsspezifischer, aufsuchender und mobiler Sozialarbeit sowie in der Beteiligungsförderung (Lüter 2016, 237).

Auch wenn Jugendgewalt – wie bereits im Monitoring gezeigt – nicht vorrangig im Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund steht, sondern mit einer schwierigen sozialen Situation, so stellt sich in den innerstädtischen Wohnvierteln dennoch die Herausforderung, dass Präventionsangebote die vielfältigen migrantischen Zielgruppen konzeptionell berücksichtigen und einbeziehen (Bergert et al. 2015b, 141). Dies betrifft insbesondere die Zugänge präventiver Arbeit, kann aber auch in die inhaltliche Konzeption einfließen, wobei gleichfalls die religiös begründete Radikalisierung eine Rolle spielen kann. Nicht weniger bedeutsam ist aber, Jugendliche bei ihrer Auseinandersetzung mit belastenden Diskriminierungserfahrungen zu unterstützen. Im Bereich der Elternarbeit sind Erfolg versprechende Ansätze zur Überwindung von etwaigen Zugangs- und Sprachbarrieren weiterhin wichtig (Bergert et al. 2015b, 141).

Periphere Großsiedlungen

Hohe Belastungen von Jugendgewalt finden sich auch in Quartieren in den Großsiedlungen am Rande der Stadt. Diese Quartiere stehen deutlich weniger im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und sind dem Risiko ausgesetzt, in Bezug auf ausgleichende Angebote übersehen oder unterversorgt zu werden.

Diese Regionen – so ein stabiles Ergebnis der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention – lassen sich nicht durch die Verbindung eines schwierigen Sozialstatus mit einer erhöhten Prägung durch Zuwanderung identifizieren; charakteristisch für diese Schwerpunkte von Jugendgewalt ist die Überlagerung eines schwierigen Sozialstatus mit einer von Großsiedlungen und Hochhausquartieren geprägten monofunktionalen städtebaulichen Struktur (Lüter/Glock 2018, 7ff.).

Eine Höherbelastung von Teilen der städtischen Peripherie mit Jugendgewalt, die sich nicht auf die großen Plattenbausiedlungen in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg-Hohenschönhausen im Osten Berlins beschränkt, auch Großwohnsiedlungen in Regionen wie z. B. in Spandau oder Reinickendorf sind bei allen Unterschieden oftmals durch vergleichbare Konstellationen geprägt. Der hohe Stellenwert, den Aspekte der sozialen Lage – Armut von Kindern, Arbeitslosigkeit oder niedrig bezahlte Beschäftigungsverhältnisse der Eltern, schwierige Bildungsverläufe, ein angespanntes oder anregungsarmes Familienklima – für das Aufkommen von Jugendgewalt beinhalten, tritt in einigen Großsiedlungsstrukturen deutlich zutage (Lüter/Glock 2018, 7ff.).



Lichtwolke / Shutterstock.com

Abbildung 3: Marzahn

Die Region **Marzahn Nord**, die exemplarisch für die Erscheinungsformen von Jugendgewalt in Quartieren der Berliner Großsiedlungen angesehen werden kann, zählt zu den Berliner Bezirksregionen, in denen sich schwierige soziale Rahmenbedingungen und eine erhöhte Belastung mit registrierter Jugendgewalt überlagern. Im Hinblick auf die Belastung mit Jugendgewalt lässt sich durch die Daten der polizeilichen Statistik sowohl gegenüber Berlin als auch dem Bezirk eine anhaltend erhöhte Belastung konstatieren. Diese Höherbelastung erstreckt sich nicht auf Raubtaten, prägt sich aber bei Körperverletzungen und proportional insbesondere bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit (z.B. Beleidigung, Nötigung) besonders deutlich aus. Kinder bilden die mit Abstand größte Gruppe der Tatverdächtigen, während Jugendliche stark unterdurchschnittlich unter den Tatverdächtigen vertreten sind. Der Anteil der nicht deutschen Tatverdächtigen ist – angesichts der Bevölkerungsstruktur – mit ca. 10% erwartungsgemäß marginal. Die polizeilich registrierte Jugendgewalt in Marzahn Nord spielt sich deutlich häufiger an den Schulen ab als in anderen Regionen. Insbesondere ist eine erhöhte Belastung der Grundschulen mit eher leichten Gewaltdelikten sichtbar. Zugleich liegen Hinweise vor, dass das erhöhte Fallaufkommen nicht ausschließlich in einer objektiv schwierigen Situation der Schulen begründet ist, sondern auch auf eine hohe polizeiliche Präsenz und ein ausgeprägtes Anzeigeverhalten zurückgeht (Lüter/Glock 2018).

Für die Prävention bedeutet dies, dass die Herausforderungen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in diesen Sozialräumen nicht unbedingt in schweren Gewalttaten im öffentlichen Raum zu suchen sind, die im medialen Diskurs hohe Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Oftmals geht es eher um niedrigschwellige Vorkommnisse im Grenzbereich zu sozial-emotionalen Störungen, was den Stellenwert von Ansätzen unterstreicht, die Gewaltprävention als Entwicklungsförderung junger Menschen verstehen (Lüter/Glock 2018).

Die vertiefenden Analysen zu den verschiedenen Typen gewaltbelasteter Räume haben gezeigt, dass

- in Regionen mit einem hohen Aufkommen an Jugendgewalt verschiedene Formen der sozialen Benachteiligung kumulieren,
- der ethnische Hintergrund der Bewohner/innen für das Aufkommen von Jugendgewalt eine geringere Erklärungskraft als die soziale Benachteiligung besitzt,
- sich verschiedene Risikofaktoren in Sozialraum, Schule und Familie manifestieren, die sich durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Nachbarschaften erklären lassen.

Hieran setzen verschiedene sozialraumorientierte Präventionsangebote an, die im Folgenden näher erläutert werden.

3. Sozialraumorientierte Prävention und Evaluation

Grundlegende Annahme aller sozialraumorientierten Ansätze ist, dass im Quartier bzw. öffentlichen Raum wichtige Faktoren für die Entstehung von Gewaltproblemen, aber auch gleichzeitig wirkungsvolle Ansatzpunkte für Prävention liegen. Zu unterscheiden sind dabei eher individuelle, verhaltensorientierte Ansätze, die auf der Ebene individueller Risikofaktoren ansetzen, sowie verhältnisorientierte, strukturbezogene Maßnahmen, die den Zusammenhalt im Quartier stärken (Eisner et al. 2008, 83).

3.1 KIEZBEZOGENE PRÄVENTION IM LAND BERLIN

Das Land Berlin verfügt mit dem Modell der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention über eine eigene Traditionslinie der kommunalen Präventionsarbeit (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 4).

Diese hat sich in den 1990er Jahren, anknüpfend auch an Konzepte einer bürgernäheren Polizeiarbeit (Community Policing) und angetrieben von der Idee einer weniger repressiven als vielmehr ursachenbezogenen Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität, in einer Welle der Gründung bezirklicher kriminalpräventiver Gremien niedergeschlagen (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 4). Insgesamt ist die Bilanz der in die späten 1990er und frühen 2000er Jahre zurückreichenden Ansätze zur Etablierung bezirklicher Präventionsstrukturen ambivalent: Während die Etablierung spezifischer kiezbezogener Ansätze in einigen Bezirken gelang, war dies in anderen nicht der Fall (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 4).

In Berlin werden unterschiedlichste sozialräumlich orientierte Präventionsansätze in zahlreichen Quartieren umgesetzt. Viele dieser Maßnahmen werden aus den Mitteln der kiezorientierten Prävention der Landeskommision Berlin gegen Gewalt finanziert. Die kiezorientierte Prävention zielt auf die Umsetzung integrierter Präventionsstrategien und die Stärkung sozialraum- bzw. gemeinwesenorientierter Ansätze in den Berliner Bezirken. Inzwischen existieren in Berlin zahlreiche vielversprechende Angebote und Projekte auf der sozialräumlichen Ebene, die es lohnen, näher betrachtet zu werden.

Förderung sozialräumlich orientierter Präventionsansätze durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

3.2 VERHALTENSORIENTIERTE, INDIVIDUELLE MASSNAHMEN MIT QUARTIERSBEZUG

Unter die verhaltensorientierten, individuellen Angebote fallen alle primären, sekundären und tertiären Maßnahmen der Gewaltprävention, die sich an Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien richten. Das sind Angebote, die im Wesentlichen in den Bereichen Jugend, Familie und Schule angesiedelt sind. Hierunter sind u. a. Einzel- und Gruppentrainings für Kinder und Eltern, verschiedene Projekte im Rahmen der Jugendgerichtshilfe sowie gewaltpräventive Maßnahmen an Schulen anzuführen. Detailliert beschrieben werden diese in den Broschüren Präventionsarbeit mit Jugendlichen und Familien (Schroer-Hippel 2018) sowie Gewaltprävention an Schulen (Lüter 2018) und Sport und Gewaltprävention (Behn/Bergert 2018), sodass nachfolgend die Angebote beschrieben werden, die einen expliziten Bezug zum öffentlichen Raum in städtischen Quartieren aufweisen. Diese umfassen folgende Angebote und Maßnahmen:

- Peer-to-Peer-Ansätze (z. B. Kiezmentor/innen),
- Stärkung von Erziehungskompetenzen und Vernetzung von Eltern im Sozialraum (z. B. lokale Bildungs- und Erziehungsverbände),
- aufsuchende, familienorientierte Sozialarbeit,
- mobile Jugendarbeit und Straßensozialarbeit.

Peers als Rollenvorbilder im Quartier

Peer-to-Peer-Ansätze basieren auf der Annahme, dass gleichaltrige Helfer/innen die Jugendlichen besonders gut verstehen und unterstützen können. Da sie ihnen in Hinsicht auf Alter, Wissen, Sprache und Vermittlungsformen nahestehen und ihnen auf Augenhöhe begegnen, werden Hilfe- und Unterstützungsangebote durch Gleichaltrige von Kindern und Jugendlichen besser auf- und wahrgenommen, was z. B. für die Vermittlung von Werten besondere Relevanz besitzt (siehe ausführlicher Bergert et al. 2015b, 109ff.).

Es existieren verschiedene Projekte, die mit einem Peer-to-Peer-Ansatz arbeiten. Hierzu gehören u. a. das Projekt Kiezagenten von Gangway e.V. in Tiergarten und Wedding im Bezirk Mitte, in dem Jugendliche, die dem Team von Gangway e.V. seit vielen Jahren bekannt sind, zu Kiezagent/innen ausgebildet werden, die in den Jugendclubs und im öffentlichen Raum unterwegs sind und andere Jugendliche ermutigen, sich mit einer eigenen Projektidee an der Gestaltung ihres Wohnumfelds zu beteiligen (Gangway e.V. o.J., 8ff.) und das Projekt Peers helper/innen in Tempelhof-Schöneberg.



Rawpixel.com / Shutterstock.com

Abbildung 4: Jugendliche als Peers helper/innen

Peerhelper/innen (Träger: AG SPAS – Arbeitsgemeinschaft für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung e.V.): Die Idee, dass Jugendliche, die bei Outreach – Mobile Jugendarbeit Berlin in der mobilen Sozialarbeit mit Kindern im Quartier Schöneberg Nord tätig waren, eine fundierte Ausbildung bekommen sollten, entstand im Jahr 2007: Die Ausbildung sollte einerseits eine Qualitätssicherung gewährleisten, aber zudem auch eine Berechtigung darstellen, die Jugendlichen für ihre Arbeit zu vergüten. Die Peerhelper-Ausbildung umfasst 40 Stunden in Form von Seminaren und Workshops und beinhaltet das Erlernen spezieller Fachkompetenzen und sozialen Gruppenverhaltens. Die Peerhelper/innen werden zu (Jugend-)Gruppenleiter/innen ausgebildet, die danach eine Hilfe und Unterstützung im Kiez darstellen. Im Anschluss an die Ausbildung erhalten sie ein offizielles Zertifikat. Einsatzbereiche der ausgebildeten Peerhelper/innen sind Freizeitangebote und Räume, die für Kinder und Jugendliche interessant sind und in denen sie sich aufhalten. Auch als Ansprechpartner/innen für Anwohner/innen im Kiez stellen die Peerhelper/innen bei Bedarf eine Hilfe und Unterstützung dar.

Peer-Helper-Projekte gibt es inzwischen auch in anderen Bezirken und Regionen von Berlin, die von anderen Trägern umgesetzt werden.

In eine ähnliche Richtung verweist das Projekt Kiez-Mentoren des Trägers BUS-STOP (siehe ausführlicher Bergert et al. 2015b, 103ff.). Im Unterschied zu den bereits beschriebenen Angeboten sind es sowohl Heranwachsende als auch Erwachsene, die als Mentor/innen arbeiten.

Die **Kiez-Mentoren** (Träger: BUS-STOP Interkulturelles Kinder-, Jugend- und Familienzentrum e.V.): „Kiez-Mentoren“ wird in der Thermometersiedlung in Lichterfelde Süd umgesetzt. Zu den Zielen der Kiez-Mentor/innen zählen neben Akzeptanz und Austausch unter den verschiedenen Gruppen und Generationen im Quartier auch der Rückgang der häuslichen Gewalt sowie der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen auf der Straße, die Veränderung von aggressivem und antisozialem Verhalten bei Kindern und im Kiez sowie die Eindämmung des Drogenkonsums und -handels. Die Mentorenausbildung beschäftigt sich u.a. mit den Themen Kommunikation, Teambildung, Gruppendynamik, Staatsbürgerkunde, Mentoring und Netzwerkarbeit; sie legt einen Schwerpunkt auf die Themen Gewalt, Provokation, gewaltfreie Kommunikation und Diversion und vermittelt profunde Kenntnisse über den Sozialraum. Ein Teil der Ausbildung ist das „Integrative Soziale Kompetenztraining“, das in Zusammenarbeit mit Verhaltenstrainer/innen der Landespolizeischule Berlin entwickelt wurde. Die konzeptionelle Programmgestaltung des Mentoring-Programms lehnt sich an das internationale Patenschaftsprojekt „Big Brothers/Big Sisters of America“ an. Das heißt, dass die Kiez-Mentor/innen als „große Brüder/große Schwestern“ im Sozialraum tätig werden. Der zentrale Ort für die Patenschaftsvermittlung ist in der Regel das Interkulturelle Kinder-, Jugend- und Familienzentrum e.V. BUS-STOP, dessen Betreuersteam Einsätze und Entwicklungen koordiniert. Für ihren Einsatz bekommen die Kiez-Mentor/innen eine geringfügige Aufwandsentschädigung. Die Kiez-Mentor/innen erhielten bereits mehrere Auszeichnungen für ihre Arbeit, so beispielsweise 2008 den 3. Preis und 2011 den 2. Preis der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sowie 2007 einen Preis des Bündnisses für Demokratie und Toleranz.

Verschiedene Peer-to-Peer-Ansätze sind wichtige Bausteine der gewaltpräventiven Arbeit mit Jugendlichen, das zeigen verschiedene Evaluationen (Lüter 2015, 28). Die Jugendlichen können in den jeweiligen Sozialräumen zu positiven Rollenvorbildern werden, was – wie bereits gezeigt wurde – für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen besonders wichtig ist, da sie sich gerade im fortgeschrittenen Alter an Gleichaltrigen orientieren. Umgekehrt ist bekannt, dass Peer-to-Peer-Ansätze durch ein pädagogisches Format strukturiert und gerahmt sein müssen, um eine gewaltpräventive Wirkung zu entfalten (Rohr/Strauß 2010, 7ff.).

Elternkompetenz durch Vernetzung im Sozialraum

Werden weitere gewaltpräventive Angebote mit einem expliziten Quartiersfokus betrachtet, so fallen verschiedene Projekte im Bereich lokaler Bildungslandschaften sowie sozialraumorientierter Familienbildungsprogramme auf.

Stärkung von Elternkompetenz und Vernetzung im Sozialraum.

In verschiedenen Berliner Sozialräumen existieren mit einigen Modellprojekten im Bereich lokaler Bildungslandschaften auch Angebote zur Gewaltprävention, die darauf zielen, die Handlungsressourcen aller (Bildungs-)Akteure im Quartier für die Gewaltprävention zu bündeln und aktivieren (so z. B. Bezirksamt Neukölln von Berlin 2014). Hierbei stehen die Stärkung der Elternkompetenz sowie die Vernetzung im Sozialraum im Vordergrund. Projekte, die in diesen Bereich einzuordnen sind – wie z. B. der lokale Bildungsverbund Reuterkiez im Bezirk Neukölln oder auch die verschiedenen Stadtteilmütterprojekte –, gehen von der Annahme aus, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter hauptsächlich durch Erziehung, Lernen und Kompetenzzugewinn reduziert oder verhindert werden kann (Koch/Schwenzer 2011, 6). Die Zielgruppe sind sozial benachteiligte, bildungsferne Familien, die von regulären Angeboten oftmals nicht erreicht werden.

„Lokaler Bildungsverbund Reuterkiez“. Impulse zur Gewaltprävention in Bildungs- und Erziehungslandschaften: Bei dem Lokalen Bildungsverbund Reuterkiez handelt es sich um ein Projekt, welches in erster Linie darauf abzielt, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, jungen Menschen und Eltern zu verbessern. Herausgefunden werden soll, welchen Beitrag die neuen Formen des Zusammenspiels institutioneller und individueller Akteure der Bildung, Erziehung und Betreuung zur Gewaltprävention leisten können. Im Rahmen des Projekts werden explizite, aber auch implizite Strategien der Gewaltprävention gefördert: Neben Strategien, die direkt auf die Reduzierung von gewalttätigem Verhalten abzielen, soll gewalttätiges Verhalten durch die Stärkung der Erziehungskompetenz und die Förderung von Erziehungspartnerschaften reduziert werden (Koch/Schwenzer 2011, 6ff.).

In eine ähnliche Richtung weist das Familienbildungsprogramm FUN („Familien und Nachbarschaft“), welches darauf zielt, die Erziehungskompetenzen der Eltern sowie ihre Vernetzung zu wichtigen Institutionen im Sozialraum zu stärken (Wießmeier 2013).

Zudem spielen solche Angebote eine Rolle, die sich im Bereich der aufsuchenden, familienorientierten Sozialarbeit an spezielle Zielgruppen richten, z. B. Sinti- und Romafamilien, die sich in Häusern oder Straßen eines Quartiers konzentrieren. Durch eine bessere Anbindung an Regelstrukturen der Familien sollen Gewalt und Delinquenz reduziert werden. Das Projekt „Aufsuchende und begleitende Arbeit mit Sinti- und Roma-Familien insbesondere im Wohnhaus Brunsbütteler Damm 90“ im Bezirk Spandau wird vom Träger Südost Europa Kultur e.V. durchgeführt.

Aus verschiedenen Studien ist bekannt, dass mangelnde elterliche Erziehungskompetenz ein wichtiger Faktor für die Entstehung jugendlichen Gewaltverhaltens ist (siehe ausführlicher

Lüter et al. 2016). Generell wird den verschiedenen Trainings für Eltern sowie der aufsuchenden Familienarbeit in Evaluationen attestiert, eine hohe Relevanz für die Erhöhung der Erziehungskompetenz zu haben. Das gilt jedoch nur dann, wenn es mit den Angeboten und Maßnahmen gelingt, an die Lebenswelt der Zielgruppen anzuschließen (Glock 2014, 17ff.). Gerade die Familienbildungsprogramme, die – wie die Stadtteilmütter – auf einer Kombination von Aus- und Fortbildung und aufsuchender Arbeit beruhen, werden insbesondere deshalb als wirksam eingeschätzt (Glock 2014, 18).

Neben den verschiedenen Projekten, bei denen es einerseits um Peer-Ansätze, andererseits um die Förderung von Erziehungskompetenz sowie Vernetzung im Sozialraum geht, spielen verschiedene Formate und Angebote der mobilen Jugendarbeit sowie der Straßensozialarbeit eine wichtige Rolle.

Mobile Jugendarbeit und Straßensozialarbeit in öffentlichen Räumen

Unterschiedliche Träger bieten verschiedene Projekte und Angebote im Bereich der Straßensozialarbeit sowie der mobilen Jugendarbeit im Land Berlin an. Dabei geht es in erster Linie darum, junge Menschen mit einem besonderen Hilfebedarf, die durch reguläre Angebote der Jugendhilfe kaum angesprochen werden, durch niedrigschwellige Maßnahmen zu erreichen. Hierzu zählen alle Angebote, die sich auf eine alternative, gewaltlose Freizeitgestaltung fokussieren. Dabei greifen die Träger auf verschiedene Formate zurück, so z. B. angeleitete Spiele auf öffentlichen Plätzen, Sportangebote, gerade in den Abendstunden sowie „Kiezmobile“, mit denen spontan auf unterschiedliche Bedarfe an unterschiedlichen Orten des Quartiers reagiert werden kann.

Adressiert werden mit den jeweiligen Maßnahmen verschiedene Zielgruppen, wie junge oder heranwachsende Geflüchtete, gewaltauffällige Jugendliche sowie Drogenkonsument/innen. Ziel der mobilen Jugendarbeit bzw. der Straßensozialarbeit ist es, Jugendliche in besonderen Problemlagen – neben der Anbindung an Regelstrukturen – soziale Kompetenzen und alternative Konfliktlösungsstrategien zu vermitteln. Damit zielen diese Maßnahmen auf individuelle Kompetenzgewinne der Jugendlichen und Heranwachsenden, nehmen teilweise jedoch auch eine Bearbeitung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum in den Blick.

MitternachtsSport (Träger MitternachtsSport e.V. Verein für interkulturelle Jugendsozialarbeit in Berlin): Die Grundidee des Projekts richtete sich darauf, aus sozial schwachen Familien stammende gewaltbereite Jugendliche „von der Straße zu holen“, um die Jugenddelinquenz einzudämmen. Es bietet Jugendlichen und Heranwachsenden ein kostenloses Sportangebot in den Abend- und Nachtstunden der Wochenenden. 100 bis 200 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren kommen regelmäßig in Sporthallen im Bezirk zusammen, um unter sozialpädagogischer Betreuung Fußball in Hallenturnieren zu spielen, aber auch, um sich über Alltagsfragen und -probleme auszutauschen. Beim Spielen kommt dem Fair-Play-Gedanken eine wesentliche Bedeutung zu: Mit Respekt und Toleranz soll eine Spielkultur gefördert werden, die dem gewaltbereiten Verhalten in der Öffentlichkeit entgegentritt. Durch eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Jugendlichen und Betreuer/-innen soll ein Rahmen geschaffen werden, der den gewaltpräventiven Ansatz unterstützt. Ein hervorzuhebender Aspekt, der das Angebot für die Jugendlichen besonders attraktiv macht, ist das Konzept der „großen Brüder“, das prominente Profifußballer in den MitternachtsSport einbindet. Diese – vielfach selbst in Spandau aufgewachsenen – Profispieler besuchen in regelmäßigen Abständen das Projekt, was den Jugendlichen Vorbilder aufzeigen und Anerkennung vermitteln soll.

Studien zur Wirksamkeit von mobiler bzw. sportorientierter Jugendarbeit und Straßensozialarbeit zeigen, dass die Angebote im Großen und Ganzen die von ihnen anvisierten Ziele erreichen. So kommt eine Evaluation zu dem Schluss, dass es der Berliner mobilen Jugendarbeit durchaus gelingt, die Zielgruppe der sozial benachteiligten, schwer zugänglichen und delinquenten Jugendlichen zu erreichen. Selbst wenn diese Projekte nicht immer gewaltpräventiv wirken, stellen sie eine sinnvolle Form der Kontaktaufnahme zu schwer erreichbaren Jugendlichen dar (Schweizer Bundesrat 2009, 58). Entscheidend dafür ist allerdings eine vertrauensvolle, stabile und kontinuierliche Beziehungsebene in der Projektarbeit (Tossmann et al. 2007, 115).

3.3 VERHÄLTNISORIENTIERTE, STRUKTURBEZOGENE MASSNAHMEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Meist richten sich die verhältnisorientierten, strukturbezogenen Maßnahmen an verschiedene Bewohnergruppen im öffentlichen Raum einer Nachbarschaft oder an die Nutzer/innen im öffentlichen Raum von Ausgehvierteln. Gleichzeitig – und das ist ein Spezifikum dieser Ansätze – sind sie in aller Regel auch auf die Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens bzw. die Stärkung des Gemeinwesens ausgelegt. Dementsprechend fallen hierunter insbesondere Angebote und Ansätze der Gewaltprävention, die sich an Individuen und Nachbarschaften richten, bei denen der Aufbau von präventionsrelevanten Strukturen und Partnerschaften im Vordergrund steht:

- Mobilisierung des Gemeinwesens und Stärkung der nachbarschaftlichen Kohäsion,
- Aufbau von (sozialraum- bzw. kiezorientierten) Partnerschaften und Bündnissen zwischen verschiedenen Akteuren.

Mobilisierung des Gemeinwesens und Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

(Wieder-) Aneignung des öffentlichen Raums.

Die Schaffung niedrigschwelliger Angebote, mit denen Kinder, Jugendliche sowie Heranwachsende animiert werden, sich bestimmte Plätze oder Straßen im öffentlichen Raum des Quartiers (wieder) anzueignen, ist gleichfalls ein wichtiger Ansatzpunkt für eine quartiersbezogene Prävention. Hierbei steht im Vordergrund, das Verantwortungsgefühl von Bewohner/innen und Nutzer/innen zu stärken, und gleichzeitig ihre Bereitschaft, sich für ein gemeinsames Anliegen – wie eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums – einzusetzen, zu fördern. Dies setzt jedoch voraus, dass bestehende Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum reduziert werden. Sie speisen sich nicht immer aus tatsächlichen Vorkommnissen, sondern reflektieren oftmals den Zustand des öffentlichen Raums. Der Wahrnehmung der unmittelbaren Nachbarschaft kommt bei der Entstehung von Unsicherheitsgefühlen eine tragende Bedeutung bei. Ein Projekt, das genau an diesem Punkt ansetzt, ist das Projekt „Auf die Plätze“.

„Auf die Plätze!“ (Träger: Outreach gGmbH; MaDonna Mädchenkult.Ur e.V.): Das Projekt will Kinder, Jugendliche und Familien im Nordneuköllner Flughafenkiez dabei unterstützen, „ihre“ Plätze zurückzuerobern. Der Kiez ist durch eine dichte Bebauung, wenige Grün-, Stadt- und Spielflächen und fehlende Einrichtungen für Jugendliche ab 16 Jahren gekennzeichnet. Auf mehreren Plätzen im Kiez formierten sich Gruppen von älteren Jugendlichen. Es kam zu Regelüberschreitungen, Bedrohungen, Vandalismus, Gewaltvorfällen, dem Tragen von Waffen und sexuellen Übergriffen. Parallel dazu entwickelte sich auf den Plätzen eine massive Drogenproblematik. Weitere Projektziele neben der Zurückgewinnung der Plätze sind, Mädchen zu stärken und so vor sexuellen Übergriffen schützen, die Eigeninitiative von Eltern fördern und Kinder und Jugendliche in ihren sozialen Kompetenzen und der Auseinandersetzung mit Rollenvorbildern zu stärken.

Im Kindertreff Blueberry Inn werden dazu spezifische Mädchen- bzw. Jungentage umgesetzt. Die Mütter werden dabei begleitet, den Kindertreff an Wochenenden für Frauen und Mädchen zu öffnen. Sie werden darin unterstützt, auch auf dem angrenzenden Spielplatz soziale Kontrolle auszuüben, um gewalttätigem Verhalten und offenem Drogenkonsum entgegenzuwirken. Parallel wird auf dem Boddinplatz das Projekt „Boddin-Power-Play“ umgesetzt, bei dem Sozialarbeiter/innen pädagogisch angeleitete Aktivitäten anbieten und zugleich mit den Jugendlichen vor Ort Konflikte bearbeiten.

An der Erhöhung des Sicherheitsempfindens sowie der Reduzierung von Tatgelegenheiten setzt auch die Städtebauliche Kriminalprävention der Berliner Polizei an. Im Rahmen ihrer Tätigkeit bietet sie verschiedenen Gruppen (Bewohner/innen, Planer/innen, Gewerbetreibende), aber auch Akteuren aus Verwaltung und Wohnungsbaugesellschaften Beratungen zur Gestaltung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen an. Dabei wirkt sie auch bei der Erarbeitung von Lösungsstrategien in konkreten Problemlagen vor Ort mit (Hermannsdorfer 2015, 10).

Eine Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts wird z. B. durch die Arbeit der Konfliktagentur im Wedding (Bezirk Mitte) angestrebt, indem Konflikte in der Nachbarschaft zwischen den Bewohner/innen durch ehrenamtliche Mediator/innen bearbeitet werden.

Die Konfliktagentur Sprengelkiez bearbeitet Nachbarschaftskonflikte, an denen zu einem Teil auch Jugendliche beteiligt sind, durch Mediationen und Konfliktgespräche. Eine Evaluation der Stadtteilmediation ergab, dass sie ein gutes Ansehen im Kiez genießt und in den vergangenen Jahren auch zur Veränderung des Konfliktklimas im Kiez beigetragen hat. Ungenutzte Potenziale bestehen hinsichtlich der Zugänge zu bestimmten Anwohnergruppen (Hirsland 2015).

Konfliktagentur im Sprengelkiez (Träger: Konfliktagentur im Sprengelkiez – Stadtteilmediation Wedding e.V.): Der Sprengelkiez im Ortsteil Wedding (Bezirk Mitte) ist durch eine hohe soziokulturelle und sozioökonomische Heterogenität und eine Häufung sozialer, nachbarschaftlicher und familiärer Konflikte geprägt. 2003/04 wurden aufgrund des Konfliktpotenzials die Planung und Umsetzung einer Stadtteilmediation begonnen. Eine erste Förderung erfolgte im Rahmen des Bundesprogramms „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“. Es wurden 20 aktive Anwohner/innen zu Stadtteilmediator/innen ausgebildet, die anschließend 2005 in der Konfliktagentur im Sprengelkiez ihre ehrenamtliche Mediationsarbeit aufnahmen. Die Mediator/innen arbeiten ehrenamtlich und sind Personen mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen, was – so die Agentur selbst – einen großen Pool an verschiedenen Erfahrungen und z.T. auch an verschiedenen Sprachen mit sich bringt. Die ehrenamtlichen Mediator/innen arbeiten mit Bewohner/innen des Kiezes zusammen, zum Teil aber auch über die Grenzen des Kiezes hinaus. Ebenso sind die Wohnungswirtschaft sowie Gewerbetreibende im Wohnquartier Zielgruppe der Konfliktagentur. Das Büro am Sparrplatz im Zentrum des Sprengelkiezes bietet Sprechzeiten und Termine nach Vereinbarung an. Das übergeordnete Ziel der Ehrenamtlichen liegt darin, den sozialen Zusammenhalt der Anwohner/innen im Quartier zu festigen, was vor allem durch die Vermeidung von Konflikteskalationen per Mediation realisiert werden soll. Die Agentur bietet Konfliktberatung, Konfliktcoaching/Konfliktmanagement, Mediation, Intervention, Informationsveranstaltungen zum Thema Mediation und Projektberatung an. Die Beratung sowie die Nachbarschaftsmediation sind für die Anwohner/innen kostenlos.



DisobeyArt / Shutterstock.com

Abbildung 5: Junger Erwachsener beim Sprühen eines Graffitis

Die Stärkung ehrenamtlichen Engagements sowie die Festigung positiver nachbarschaftlicher Strukturen sind – neben einer Unterstützung von Kindern und Familien im Alltag – Ziele des Projekts „Offene Familienwohnung“ im Falkenhagener Feld im Bezirk Spandau. Hier sollen in einer von der GEWOBAG bereit gestellten Wohnung Grundschul Kinder bzw. deren Eltern die Gelegenheit erhalten, sich an einem sicheren Ort in dem Quartier zu treffen, um gemeinsamen Aktivitäten (wie z. B. Basteln, Kochen oder Hausaufgaben machen) nachzugehen. Gleichzeitig steht die Wohnung Nachbar/innen bzw. Bewohner/innen des Falkenhagener Felds offen, wovon sich verschiedene Synergieeffekte im Quartier versprochen werden (Casablanca e.V. o.J.).

Stärkung
ehrenamtlichen
Engagements.

Zwar sind im Bereich der gerade genannten Projekte – abgesehen von der Konfliktagentur im Sprengelkiez – bislang wenig Projekte in Berlin evaluiert, sodass über die Zielerreichung und Wirksamkeit nur partielle Erkenntnisse vorliegen, dennoch kann im Anschluss an die bereits erwähnten empirischen Studien vermutet werden, dass die Art und Weise des nachbarschaftlichen Zusammenlebens eine Rolle bei der Prävention von (Jugend-) Gewalt spielt. Insofern dürften die verschiedenen Projekte, die am ehrenamtlichen Engagement bzw. an der Stärkung der sozialen Kohäsion in Nachbarschaften ansetzen, wichtige Bausteine einer sozialraumorientierten Gewaltprävention sein.

Integrierte situative und mobile Prävention in Ausgehvierteln

Reduzierung von
Tatgelegenheits-
strukturen.

In eine ähnliche Richtung weisen die verschiedenen Angebote einer sozialraumorientierten Prävention, die auf eine Reduzierung von Tatgelegenheitsstrukturen durch eine Verbesserung der Aufenthalts- und Freizeitqualität für verschiedene Nutzergruppen, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende im öffentlichen Raum von Ausgehvierteln, zielen. Kennzeichnend hierfür sind eine Kombination aus (mobiler) Jugendarbeit, die sich an besonders gefährdete Jugendliche und Heranwachsende richtet, sowie verschiedenen Maßnahmen der situativen und polizeilichen Prävention.

Ein Projekt ist das Platzmanagement „Jugend auf dem Alexanderplatz“, welches seit 2010 in Trägerschaft des Moabiter Ratschlags e.V. Beteiligungsprojekte mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Alexanderplatz realisiert. So wird z. B. im Rahmen des Projekts ein Bauzaun der Linie U5 durch Jugendliche und Heranwachsende legal durch Graffiti gestaltet.

Von zentraler Bedeutung ist dabei, Nutzer/innen zu erreichen, die nicht im Bezirk leben, sondern sich an den Orten ausschließlich temporär aufhalten. Sie frequentieren diese Orte insbesondere an den Wochenenden sowie abends und nachts, was sich auch in den verschiedenen gewaltpräventiven Angeboten widerspiegeln sollte.

Die hohe Frequenz dieser Räume am Wochenende sowie abends und nachts sollte sich in den Präventionsansätzen widerspiegeln.

Für die polizeiliche bzw. situative Prävention bedeutet das, insbesondere zu den Zeiten vor Ort zu sein, bei denen potenzielle Täter/innen und Opfer zusammentreffen („hot-spots-policing“). Wichtig erscheint, gerade vor dem Hintergrund, dass Jugendliche und Heranwachsende nicht nur Täter/innen, sondern auch Opfer sind, eine besondere Aufklärung potenzieller Opfer. Zudem kann das Sicherheitsgefühl durch polizeiliche Präsenz bzw. baulich-räumliche Vorkehrungen positiv beeinflusst werden.

Integrierte Ansätze der Prävention in Ausgevierteln stehen vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Akteure des Gebiets, so z. B. Gewerbetreibende, private Sicherheitsfirmen, Veranstalter/innen und Clubbetreiber/innen, einzubinden. Hierfür gibt es gerade im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine gewachsene Erfahrung mit der Prävention und Einhegung von Gewalt im öffentlichen Raum durch die Kooperation vielfältiger Akteure, nicht zuletzt auch im Rahmen des jährlich stattfindenden „Myfests“. Das Straßenfest setzt u. a. auf politische Themen, die Beteiligung von Anwohner/innen und die Sichtbarkeit der Vielfalt der Bewohner/innen im Bezirk, mit dem Ziel, ritualisierte Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Teilnehmer/innen linksradikaler Demonstrationen zu verringern (Lüter et al. 2017, 91).

Förderung von Vernetzung und Kooperation

Bewohner/innen, die sich für das Quartier, in dem sie leben, einsetzen, bilden eine unverzichtbare Ressource für eine quartiersbezogene Prävention. Hierbei können auch aktive, quartiersbezogene Schlüsselpersonen eine wichtige Rolle spielen, z. B. als Türöffner in bestimmte migrantische Communitys (Fabian et al. 2014, 52).

Bewohner/innen bilden eine unverzichtbare Ressource.

Angebote und Maßnahmen, die sich an partizipativen Grundsätzen orientieren, wie z. B. in dem Projekt „Auf die Plätze“, befinden sich auf dem richtigen Weg, geht es doch darum, das Interesse der Bewohner/innen an der Gestaltung des eigenen Umfelds zu wecken bzw. zu stärken.

Eine quartiersbezogene Prävention ist eine Aufgabe, die in der Verantwortung aller Akteure vor Ort liegt. Hierbei sollten nicht nur die Bewohner/innen, sondern ebenso private Unternehmen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und die polizeilichen (Präventions-) Akteure einbezogen werden. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, dass eine behördenübergreifende Zusammenarbeit stattfindet. Um eine stärkere Vernetzung und Kooperation zu fördern, existieren in Berlin zahlreiche verschiedene Gremien, die sich von Bezirk zu Bezirk deutlich unterscheiden können. Während in einigen Berliner Bezirken seit vielen Jahren fest etablierte Präventionsräte vorhanden sind (z. B. Steglitz-Zehlendorf oder Schöneberg Nord), sind diese in anderen Bezirken gerade im Aufbau bzw. in Gründung (z. B. Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Pankow). In wieder anderen Bezirken haben die lokalen Akteure andere Formen der Kooperation und Zusammenarbeit gefunden. Dass verschiedene Kooperationsformen auf der lokalen Ebene institutionalisiert sind, dürfte auch an der Förderung durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt liegen.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Resümieren lässt sich, dass Jugendgewalt multifaktorielle Ursachen hat. Das Quartier, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, kann individuelle und familiäre Risikofaktoren verstärken. Gleichzeitig liegen in den verschiedenen Sozialräumen und Nachbarschaften auch Ressourcen und Potenziale für die Gewaltprävention.

Auch aufgrund der verstärkten Förderung einer kiezbezogenen bzw. sozialraumorientierten Gewaltprävention seitens der Landeskommission Berlin gegen Gewalt existiert in Berlin inzwischen eine Reihe von Angeboten und Maßnahmen, die auf verschiedenen, präventionsrelevanten Ebenen ansetzen. Gezeigt hat sich, dass es viele erfolgversprechende Angebote, Maßnahmen und Projekte einer sozialraumorientierten Prävention in Berlin gibt und dass es künftig insbesondere darum geht, in den jeweiligen Quartieren und Nachbarschaften effektive und umfassende Problemlösungsstrategien zu implementieren.

Auf der Grundlage der bisher gesammelten Erkenntnisse aus Berlin sowie des Handlungsleitfadens Bezirkliche Prävention, den die Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention erarbeitet hat, werden im Folgenden einige grundlegende Aspekte sozialraumorientierter Prävention herausgearbeitet, die bei der Erarbeitung von sozialraumorientierten Ansätzen der Prävention beachtet werden sollten (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017).

Sozialraumbezogene Situations- und Ressourcenanalysen

In den einzelnen Berliner Quartieren existieren lokal spezifische Ressourcen und Potenziale, aber auch Bedarfe und Risiken; das wurde bereits in den vorangegangenen Abschnitten insbesondere unter Bezugnahme auf unterschiedliche Typen gewaltbelasteter Räume dargestellt. Das heißt, dass eine gelingende sozialraumorientierte Prävention an den spezifischen Bedingungen vor Ort ansetzen sollte. Die Erstellung einer Situationsanalyse im Sinne einer Problem-, Bedarfs- und Ressourcenanalyse bildet daher einen zentralen und auch verbindlichen ersten Schritt bei der Erarbeitung gelingender sozialräumlicher Präventionsstrategien (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 13ff.). Dabei sollten folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer ist im Sozialraum besonders gewaltauffällig (Altersgruppen, Geschlecht, Delikte)?
- Wo findet Jugendgewalt vorrangig statt (öffentlicher Raum, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen)?
- Wer fühlt sich wann in welchen öffentlichen Räumen des Quartiers besonders unsicher?
- Wie prägen sich die relevanten Risikofaktoren in Familie, Schule und Nachbarschaft aus, die es durch die Prävention vorrangig zu bearbeiten gibt?
- Was sind relevante Schutzfaktoren in Familie, Schule und im Sozialraum, die es für die Prävention zu nutzen gilt?

Diese Fragen sollten auf der Grundlage einer empirischen Analyse verfügbarer Daten beantwortet werden. Hierfür können die von der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention erarbeiteten Bezirksprofile eine erste Orientierung geben, wobei vertiefende Analysen für einzelne gewaltbelastete Regionen und Bezirke unabdingbar sind. Dabei sollten auch Schnittstellen zu anderen Planungs-, Monitoring- und Analyseverfahren genutzt werden, die auf bezirklicher Ebene in Berlin etabliert sind. In Regionen und Sozialräumen, in denen es bereits institutionalisierte Verfahren des ressortübergreifenden Austauschs gibt, lassen sich auch stärker qualitative Analyseverfahren nutzen (Workshops, Expertengespräche etc.) (detaillierte Informationen finden sich im Handlungsleitfaden Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 13ff.).

Bewohner/innen
frühzeitig einbinden.

Zudem sollten die Bewohner/innen bzw. Schlüsselpersonen aus dem Quartier bereits frühzeitig miteinbezogen werden. Das heißt, dass mit Hilfe verschiedener Instrumente (z. B. Nachbarschaftsgespräche, aktivierende Befragungen etc.) das Wissen der Bewohner/innen genutzt werden sollte, um – ergänzend zu den statistischen Analysen – eine genaue Identifikation der Probleme und der Bedarfslage zu gewährleisten (Fabian et al. 2014, 52).

Priorisierung des Themas und beteiligungsorientierter Aufbau von Gremien

Eine gelingende sozialraumorientierte Prävention setzt voraus, dass das Thema in der Verwaltung priorisiert behandelt wird: Prävention ist Chefsache, was eine konsequente Unterstützung durch die bezirklichen Leitungsgremien (Bürgermeister/in, Stadträt/innen) voraussetzt. Anzustreben ist – neben einem bezirklichen Beschluss zur Einrichtung eines bezirklichen Präventionsbeirats – zudem die Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf der Ebene des/der Bürgermeister/in oder einer Stadträtin/eines Stadtrats, die mit ausreichenden personellen Ressourcen unterlegt ist (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 9). Darüber hinaus kann die Identifizierung einer Lenkungsgruppe aus Akteuren erforderlich sein, die mittelfristig die Verantwortung für den Prozess übernehmen. Die genaue Ausgestaltung kann sich nach den bezirklichen Gegebenheiten richten. Zudem können geeignete Gremien auf der kleinräumigeren Ebene von Quartieren und Nachbarschaften geschaffen werden. Diese sollten analog zu den bezirklichen Präventionsräten aufgebaut sein.

Partizipation vieler
unterschiedlicher
Akteure sicherstellen.

Eine gelingende sozialraumorientierte Prävention setzt – neben der Priorisierung des Themas in der Verwaltung – insbesondere die Partizipation von vielen unterschiedlichen Akteuren im Quartier und im öffentlichen Raum voraus. Wie wichtig die Kooperation verschiedener unterschiedlicher Akteure ist, zeigen die erfolgversprechenden Modelle in den urbanen Hot-spots in Berlin.

Eine gelingende sozialraumorientierte Prävention zielt auf die Einbindung zivilgesellschaftlicher Handlungspotenziale in den jeweiligen Sozialräumen. Dementsprechend lassen sich die Akteure, die hierfür gewonnen werden sollen, auch nicht einheitlich bestimmen. Im Sinne der Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit bietet sich hier die Ansprache bereits verfasster Bürgergremien und -vereinigungen an. Die Vernetzung muss sich im Einzelfall jedoch nicht darauf beschränken, weshalb als Adressatengruppe einer sozialraumorientierten Prävention grundsätzlich ein breites Spektrum von Akteuren zu berücksichtigen ist, zu dem beispielsweise Vertreter/innen aus folgenden Bereichen gehören (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 11):

- Jugendfreizeiteinrichtungen/Straßensozialarbeit
- Quartiersmanagements/Quartiersräte
- Nachbarschaftszentren, Familienzentren
- Berufsbildung/Suchtprävention
- Schulen/Schulamt/Schulaufsicht/ Schulpsychologie
- Bezirkselfternausschuss
- Jugendgerichtshilfe
- Bürgerinitiativen, Mietervertretungen
- Ordnungsamt
- Geschäftsleute/Gewerbetreibenden
- KiTAs
- Polizei
- Vereine (Sport, Kultur etc.)
- Integrationsbeauftragte/r
- Religionsvertreter/innen (Kirchengemeinden, Moscheevereine etc.)
- Wohnungsbaugesellschaften
- Jugendamt
- Runde Tische/Stadtteilkonferenzen/Bewohner/innen

Nachbarschaftsbezogener Verständigungsprozess

Wie die bereits referierten neueren Forschungsergebnisse gezeigt haben, werden adäquatere Problemlösungsstrategien vor allem in solchen Quartieren gefunden, in denen es eine hohe Bereitschaft gibt, sich für gemeinsame Anliegen einzusetzen. Für eine gelingende sozialraumorientierte Prävention ist deshalb eine gemeinsame, quartiersbezogene Verständigung über Ziele und hierfür eingesetzten Maßnahmen sowie deren Umsetzung eine zwingende Voraussetzung (Fabian et al. 2014, 52).

Gemeinsam Ziele identifizieren und Maßnahmen planen

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Problem- und Ressourcenanalyse gilt es, sich für eine sozialraumorientierte Prävention sowohl auf übergreifende als auch auf spezifische Ziele zu verständigen (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 17). Hierbei hat es sich bewährt, die zu erarbeitenden Ziele in Leitziele, Mittlerziele und Handlungsziele zu differenzieren. Eine klare und eindeutige Zielerarbeitung, wenn möglich ergänzt durch die Entwicklung von Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung, bildet eine wichtige Basis für die Überprüfung der umzusetzenden Maßnahmen und für die Einschätzung von Erfolgen (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 17). Eine bewährte Möglichkeit der gemeinsamen Zielentwicklung besteht

darin, in einem (moderierten) Werkstattgespräch zu einer gemeinsamen Einschätzung der Situation zu gelangen, auf dieser Basis Ziele und Prioritäten für die Präventionsarbeit im Sozialraum festzulegen sowie sich über Erfolgs- bzw. Realisierungsbedingungen klar zu werden. In diesem Kontext können ggf. auch verschiedene Sichtweisen auf die Phänomene aufgezeigt und mögliche Übereinstimmungen, aber auch Differenzen deutlich gemacht werden. Bei der Prioritätensetzung kann es sowohl um Handlungsfelder gehen, die bevorzugt bearbeitet werden sollen, als auch um bestimmte Orte im Quartier, in denen vordringlich Handlungsbedarf besteht und Maßnahmen umgesetzt werden sollen (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 17).

**Integrierte
Handlungskonzepte zur
sozialraumbezogenen
Prävention entwickeln.**

Ausgehend von den festgelegten Zielen geht es bei der Maßnahmenplanung darum, in einem gemeinsamen Prozess ein integriertes Handlungskonzept zur sozialraumbezogenen Prävention zu entwickeln, also die Maßnahmen zu planen bzw. zu erarbeiten, die zur Erreichung der erarbeiteten Ziele beitragen sollen. Eine Fokussierung der Maßnahmenplanung kann sinnvoll sein, d. h. die Konzentration der Ressourcen auf solche Maßnahmen, die in einem gut begründeten Zusammenhang zu den zentralen Zielen stehen – weniger ist hier häufig mehr. Bei der Entwicklung der einzelnen Maßnahmen gilt es, diese Prinzipien zu berücksichtigen und zu beachten, dass aufeinander bezogene Maßnahmen Synergieeffekte mit sich bringen und integrativ wirken können.

Beteiligung organisieren

Entscheidend für die Zielerreichung dürfte es sein, inwieweit es gelingt, möglichst alle Bewohner/innen bzw. Nutzergruppen miteinzubeziehen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass Zugänge gefunden werden, die es auch beteiligungsfernen Bewohnergruppen – wie sozial benachteiligten Bewohner/innen sowie Bewohner/innen mit Migrationshintergrund und Frauen – erlauben, sich an dem Verständigungsprozess zu beteiligen (Fabian et al. 2014, 52). Hierfür haben sich verschiedene Formate bewährt, die sich auch auf eine quartiersbezogene Verständigung im Bereich der Gewaltprävention beziehen lassen. Auch wenn es eine Vielzahl verschiedener Formen gibt, artikulationsschwächere Bewohnergruppen in Aushandlungsprozesse einzubeziehen, so lassen sich folgende Merkmale von Beteiligungsprozessen identifizieren, die das befördern:

- Lebensweltorientierter Zugang, d. h. an den konkreten Bedürfnissen der Bewohner/innen ansetzen, die sie in Bezug auf ihr eigenes Wohnumfeld haben,
- niedrigschwellige Formate der Ansprache und Beteiligung, d. h. einfache, tlw. non-verbale Formen der Kommunikation anbieten, Sprachmittler/innen einbeziehen, diskontinuierliche Partizipation bereits bei der Planung berücksichtigen,
- Aktivierung von Multiplikator/innen, die bestimmte Zielgruppen im Quartier gezielt ansprechen, wie z. B. die Stadtteilmütter oder Integrationslots/innen.

Insgesamt sollten sich die Prozesse, die im Rahmen eines quartiersbezogenen Dialogs über Gewaltprävention stattfinden, an der Etablierung einer tragfähigen Vernetzung von Akteuren im Sinne eines „Community-Organizing“ orientieren (Szynka 2011, 15).

Soziale Kohäsion fördern, kollektive Wirksamkeit stärken

Sozialraumorientierte Prävention bedeutet, auf die spezifischen Bedarfe, Risiken und Potentiale eines Quartiers zu reagieren. Notwendigerweise bedeutet das auch, dass es keine allgemeinen inhaltlichen Festlegungen geben kann, welche Angebote wo umgesetzt werden sollen. Dennoch kann es im Prozess sinnvoll sein, die Maßnahmenplanung in die Entwicklung von Projektideen und von konkreten Maßnahmen der Gewaltprävention zu unterteilen (Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention 2017, 19ff.). Die Entwicklung von Projektideen öffnet den Blick für das gewählte Handlungsfeld bzw. die einzelne Region und zeigt das Spektrum von möglichen Handlungsansätzen auf, die geeignet sein können, um die identifizierten Problemlagen zu bearbeiten. Sie bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für die Entwicklung von konkreten Maßnahmen. Eine Projektidee kann auch durch mehrere Maßnahmen konkretisiert und umgesetzt werden. Bei der Maßnahmenplanung gilt es, nicht bei der Erarbeitung von Maßnahmen stehen zu bleiben, sondern von Beginn an auch zu überlegen, wer sie umsetzen kann, also zu klären bzw. festzulegen, wer dafür verantwortlich ist und in welchem Zeitrahmen dies geschehen soll (Anregungen für konkrete Maßnahmen bieten u. a. die Berliner Präventionsdatenbank und die Grüne Liste Prävention).

Eine übergreifende Projektidee bzw. ein Handlungsfeld, das sich für eine sozialraumorientierte Prävention eignet, ist die Mobilisierung des Gemeinwesens. Bewohner/innen werden hierbei in unterschiedlicher Weise befähigt, (wieder) Verantwortung für ihre Nachbarschaft und ihr direktes Wohnumfeld zu übernehmen. Dazu gehören auch Erfolgserlebnisse, also Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Zudem gilt es im Rahmen einer sozialraumorientierten Prävention auch zu solchen Maßnahmen zu greifen, welche die Identifikation der Bewohner/innen mit ihrer Nachbarschaft erhöhen (Fabian et al. 2014, 53). Alle Maßnahmen, die sich auf eine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens – durch z. B. das Beeinflussen des Erscheinungsbilds (halb-)öffentliche Räume – richten, sind zu fördern. Hierzu können auch Maßnahmen des Ordnungsamts oder anderer Bezirksverwaltungen (z. B. dem Grünflächenamt) beitragen. Dass im öffentlichen Raum die „üblichen“ Regeln des Zusammenlebens beachtet werden bzw. dass bei Nichtbeachtung eine umgehende Sanktionierung durch Bewohner/innen, Nutzer/innen oder Polizist/innen erfolgt, d. h. die Förderung von sozialer Kontrolle, ist in diesem Zusammenhang ein weiteres wichtiges Handlungsfeld. Dabei dürften solche Ansätze besonders nachhaltig sein, die Nutzungskonflikte zum Thema eines Prozesses der kollektiven Gestaltung des Quartiers machen. Hier sind Projektideen gefragt, bei denen es um eine Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen geht und die nicht ausschließlich auf konkrete Einzelmaßnahmen und Projekt beschränkt sind. Für eine gelingende sozialräumliche Präventionspolitik ist ein dichtes Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen und ehrenamtlicher Aktivitäten eine wichtige Voraussetzung. Wesentliche Handlungsfelder einer sozialraumorientierten Prävention sind:

Mobilisierung des
Gemeinwesens als
Handlungsfeld.

- Mobilisierung des Gemeinwesens,
- Erhöhung der Identifikation mit dem Quartier und dem öffentlichen Raum,
- Stärkung der formellen und informellen sozialen Kontrolle,
- Förderung eines dichten Netzes zivilgesellschaftlicher Organisationen und verschiedener Formen der Kooperation.

Peers und Eltern als Ressource für die Gewaltprävention

Gleichaltrige können eine wichtige Ressource für eine sozialraumbezogene Prävention sein. Insbesondere Jugendliche orientieren sich an Gleichaltrigen, mit denen sie im Sozialraum interagieren. Allerdings sind diese Formate nicht voraussetzungslos. Ähnlich wie im Sportbereich müssen diese Ansätze klar pädagogisch gerahmt und von professionellen Mitarbeiter/innen begleitet werden (Behn/Bergert 2018). Zudem ist die Beteiligung von Eltern in unterschiedlichen Formen ein erfolgversprechender Ansatz, haben doch verschiedene Evaluationen gezeigt, dass einzelne Trainings oder Familienbildungsprogramme wichtige Ziele in der Gewaltprävention erreichen.

Niedrigschwellige
Maßnahmen anbieten,
Zugangsbarrieren
gering halten.

Angebote und Maßnahmen im Bereich einer sozialraumorientierten Prävention sollten möglichst niedrigschwellig organisiert sein, d. h. die Zugangsbarrieren sollten geringgehalten werden. Ebenso beachtet werden sollte, dass es Unterschiede zwischen jungen Männern und jungen Frauen im Hinblick auf den Zugang und Akzeptanz einzelner Maßnahmen gibt. Gerade der Frage, wie besonders artikulationschwache Gruppen, wie z. B. Mädchen oder Frauen mit Migrationshintergrund, Angebote wahrnehmen können, sollte deshalb eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ebenfalls ist, gerade bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wichtig, die Projekte und Programme langfristig und kontinuierlich anzubieten.

Sozialraumorientierte Prävention im Kontext urbaner Sicherheit

Zu beachten ist, dass gewaltpräventive Ansätze zwar das Wohn- und Lebensumfeld sowie die individuellen Handlungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen maßgeblich (mit-)gestalten können, die tieferliegenden strukturellen Faktoren sozialer Benachteiligung allerdings vergleichsweise wenig beeinflusst werden können. Die Ansätze einer sozialraumorientierten Gewaltprävention stellen dennoch den Versuch dar, die sich aus der Konzentration von sozial benachteiligten Bewohnern ergebenden negativen Quartierseffekte abzufedern (Güntner/Walther 2013, 300ff.). Das heißt, anders gewendet, dass sozialraumorientierte Prävention auch immer durch umfassendere Maßnahmen flankiert werden sollte, die darauf zielen, weitere sozialräumliche Benachteiligungen, gerade für Kinder und Jugendliche, zu vermeiden. Unabhängig von konkreten Maßnahmen und Angeboten sollten verschiedene quartiersbezogenen Einrichtungen unterstützt werden, die direkt an den Problemlagen vor Ort ansetzen und dies unter Einbeziehung der Bewohner/innen tun (Wurtzbacher 2013, 186ff.).

5. Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017):** Einwohnerregisterstatistik Berlin. Stichtag jeweils 31.12. <http://bit.ly/2vaHBbf>, 28.06.2018.
- Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention (Hg.) (2017):** Handlungsleitfaden bezirkliche Prävention. <https://bit.ly/2KnDuNq>, 26.06.2018.
- Averdijk, Margit/Eisner, Manuel/Luciano, Eva C./Valdebenito, Sara/Obsuth, Ingrid (2014):** Wirksame Gewaltprävention. Eine Übersicht zum internationalen Wissensstand. <https://bit.ly/2k99tX8>, 28.06.2018.
- Behn, Sabine/Bergert, Michael (2018):** Sport und Gewaltprävention. Konzepte – Befunde – Handlungsansätze. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 64, Heft 4).
- Bergert, Michael/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht (2015a):** Gewalterfahrung und Lebenslage. Eine Dunkelfelduntersuchung an Schulen in Berlin. (Berliner Forum Jugendgewaltprävention, Nr. 54).
- Bergert, Michael/Lüter, Albrecht/Schroer-Hippel, Miriam (2015b):** Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz. Zweiter Bericht 2015. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 56).
- Bezirksamt Neukölln von Berlin (Hg.) (2014):** Besser gebildet in Netzwerken. Die Bildungsverbände und Netzwerke in Berlin-Neukölln. <https://bit.ly/2Km0EHw>, 26.06.2018.
- Casablanca e.V. (o.J.):** Familien Stärken im Falkenhagener Feld. Offene Familienwohnung. <https://bit.ly/2KrUYs4>, 28.06.2018.
- Der Polizeipräsident in Berlin (2017):** Rohheitsdelikte mit Tatverdächtigen im Alter von 8 bis unter 21 Jahren (2006 bis 2016). Unveröffentlichte Statistik auf Basis der Verlaufsstatistik der Berliner Polizei. Stichtag 06.03.2017. Berlin.
- Eisner, Manuel (1997):** Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt am Main/New York.
- Eisner, Manuel/Manzoni, Patrik/Ribeaud, Denis/Schmid, Ruth (2003):** Grundlagen wirksamer Gewaltprävention in der Stadt Zürich. <https://bit.ly/2tzCVtG>, 28.06.2018.
- Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Locher, Rahel (2008):** Prävention von Jugendgewalt. Expertenbericht. Cambridge.
- Fabian, Carlo/Käser, Nadine/Klöti, Tanja/Bachmann, Marion (2014):** Leitfaden Good-Practice-Kriterien. Prävention von Jugendgewalt in Familie, Schule und Sozialraum. Bern. <https://bit.ly/2lid7O6>, 20.06.2018.
- Friedrichs, Jürgen (2013):** Sozialräumliche Kontexteffekte der Armut. In: Oberwittler, Dietrich, Rabold, Susanne/Baier, Dirk (Hg.): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Heidelberg, S. 11–44.

Friedrichs, Jürgen/Galster, George/Musterd, Sako (2010): Neighbourhood effects on social opportunities: The European and American research and policy context. In: *Housing Studies* 18, H. 6, S. 797–806.

Gangway e.V. (o.J.): Jugendarbeit mit Spaßfaktor. Jugendbeteiligung in der Straßensozialarbeit. <https://bit.ly/2MryilX>, 26.06.2018.

Glock, Birgit (2014): Projekte, Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention in Berlin. Meta-Evaluation und Evaluationssynthese von Berliner Evaluationen (2006 – 2014). Berlin. <http://bit.ly/2cxESfu>, 28.06.2018.

Güntner, Simon/Walther, Uwe-Jens (2013): Aufstieg und Fall der sozialen Stadtpolitik in Europa – das Ende einer Ära? In: Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt am Main/New York, S. 287–309.

Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin (2009): Räumliche Segregation und innerstädtisches Ghetto. In: Stichweh, Rudolf/Windolf, Paul (Hg.): *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*. Wiesbaden, S. 157–173.

Häußermann, Hartmut/Schwarze, Kristin/Jaedicke, Wolfgang/Bär, Gesine/Bugenhagen, Ina (2010): Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht. <https://bit.ly/2KmF4PK>, 26.06.2018.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): *Stadtsoziologie*. Frankfurt am Main/New York.

Hermannsdörfer, Ingrid (2015): Mehr Sicherheit durch städtebauliche Kriminalprävention. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.): *Urbane Sicherheit*. Berlin, S. 5–11.

Hirseland, Aline-Sophia (2015): Die „Konfliktagentur im Sprengelkiez“. Ehrenamtliche Stadtteilmediation in Berlin-Wedding. In: Lüter, Albrecht/Bergert, Michael (Hg.): *Gewaltprävention in einer pluralen Stadt. Drei Projektevaluationen*. Berlin, S. 137–166.

Koch, Liv-Berit/Schwenzer, Victoria (2011): Impulse zur Elternbeteiligung Gewaltprävention in Bildungs- und Erziehungslandschaften. Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation und Begleitung des Modellstandortes „Lokaler Bildungsverbund Reuterkiez“ in Berlin-Neukölln. Berlin.

Kronauer, Martin/Siebel, Walter (2013): Einleitung: Die Aktualität der Polarisierungsthese für die Stadtforschung. In: Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.): *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*. Frankfurt am Main/New York, S. 9–24.

Lukas, Tim (2010): *Kriminalprävention in Großsiedlungen. Wirkungen baulicher und sozialer Maßnahmen am Beispiel der randstädtischen Neubaugebiete Marzahn Nord und Gropiusstadt*. Berlin.

Lüter, Albrecht (Hg.) (2015): *Prävention auf dem Prüfstand. Evaluationsstudien zu Berliner Maßnahmen und Projekten gegen Jugendgewalt*. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 57).

Lüter, Albrecht (2018): *Gewaltprävention an Schulen. Konzepte – Befunde – Handlungsansätze*. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 64, Heft 2).

Lüter, Albrecht/Bergert, Michael (Hg.) (2015): *Gewaltprävention in einer pluralen Stadt. Drei Projektevaluationen*. Berlin. <http://bit.ly/2hYjZaf>, 22.12.2016.

Lüter, Albrecht/Glock, Birgit (2018): *Jugendgewalt in Marzahn-Nord. Formen, Wahrnehmung und Prävention in Schule und Sozialraum*. Unveröffentlichtes Manuskript der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention. Berlin.

Lüter, Albrecht/Schroer-Hippel, Miriam/Bergert, Michael (2016): *Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz. Dritter Bericht 2016. Risikofaktoren in Schule und Erziehung*. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 58).

- Lüter, Albrecht/Schroer-Hippel, Miriam/Bergert, Michael/Glock, Birgit** (2017): Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz. Vierter Bericht 2017. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 62).
- Lüter, Albrecht** (Hrsg.) (2016): Die Praxis der Prävention. Evaluationsstudien zu Berliner Maßnahmen und Projekten gegen Jugendgewalt – Zweite Folge. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 61).
- Oberwittler, Dietrich** (2013): Wohnquartier und Kriminalität – Überblick über die Forschung zu den sozialräumlichen Dimensionen urbaner Kriminalität. In: Oberwittler, Dietrich, Rabold, Susann/Baier, Dirk (Hg.): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu Sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Heidelberg, S. 45–95.
- Rabold, Susann/Baier, Dirk** (2013): Sozialräumlicher Kontext und Jugenddelinquenz. Zum Einfluss von Stadtteileigenschaften auf gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen am Beispiel Hannovers. In: Oberwittler, Dietrich, Rabold, Susann/Baier, Dirk (Hg.): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu Sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Heidelberg, S. 169–191.
- Rohr, Dirk/Strauß, Sarah** (2010): Der Peer-Ansatz in der Gewaltprävention. In: proJugend, H. 2, S. 2–8, 28.06.2018.
- Sampson, Robert J.** (2012): Great American City. Chicago and the Enduring Neighborhood Effect. Chicago.
- Sampson, Robert J.** (2014): Collective Efficacy Theory: Lessons learned and directions for future inquiry. In: Anderson, Tammy L. (Hg.): Understanding Deviance. Connecting classical and temporary pieces. New York, S. 128–139.
- Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephen W./Felton, Earls** (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. In: Science, S. 918–924.
- Schroer-Hippel, Miriam** (2018): Präventionsarbeit mit Jugendlichen und Familien. Konzepte – Befunde – Handlungsansätze. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 64, Heft 3).
- Schubert, Herbert/Veil, Katja** (2011): Kriminalprävention im Sozialraum. Explorative Validierung des ISAN-Präventionsmodells. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, H. 2, S. 83–101.
- Schweizer Bundesrat** (Hg.) (2009): Jugend und Gewalt. Wirksame Prävention in den Bereichen Familie, Schule, Sozialraum und Medien. <https://bit.ly/2MqNTsp>, 28.06.2018.
- Szynka, Peter** (2011): Community organizing. Ein Weg zu mehr Beteiligung. Berlin (8). library.fes.de/pdf-files/do/08065.pdf, 26.06.2018.
- Tossmann, Peter/Tensil, Marc-Dennan/Jonas, Benjamin** (2007): Evaluation der Streetwork und der mobilen Jugendarbeit. Ergebnisbericht. <https://bit.ly/2IzTevb>, 28.06.2018.
- Wießmeier, Brigitte** (2013): Evaluation des Projektes „FuN – Familie und Nachbarschaft“ in Berlin Reinickendorf. Evangelische Hochschule Berlin. <https://bit.ly/2MueJjf>, 28.06.2018.
- Wurtzbacher, Jens** (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden.
- Wurtzbacher, Jens** (2013): Städtische Integration durch Sicherheits- und Kontrollpolitik? In: Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.): Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik. Frankfurt am Main/New York, S. 170–193.
- Wurtzbacher, Jens** (2018): Urbane Sicherheit(en) – Thesen zur Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.



